

20.09.07

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zu den Auswirkungen des Gesetzes zur Einführung des Wohnortprinzips bei Honorarvereinbarungen für Ärzte und Zahnärzte

Bundesministerium
für Gesundheit

Bonn, den 19. September 2007

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Dr. Harald Ringstorff

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den Bericht der Bundesregierung zu den Auswirkungen der Einführung des Wohnortprinzips gemäß Artikel 4 des Gesetzes zur Einführung des Wohnortprinzips bei Honorarvereinbarungen für Ärzte und Zahnärzte vom 11. Dezember 2001. *

Der Bericht wurde von der Bundesregierung in der heutigen Kabinettsitzung beschlossen.

Mit freundlichen Grüßen

Ulla Schmidt

* Wird als Bundestags-Drucksache 16/6517 verteilt.